

Irland | 23.01.2014 | Lesezeit 2 Min.

Wieder auf eigenen Füßen

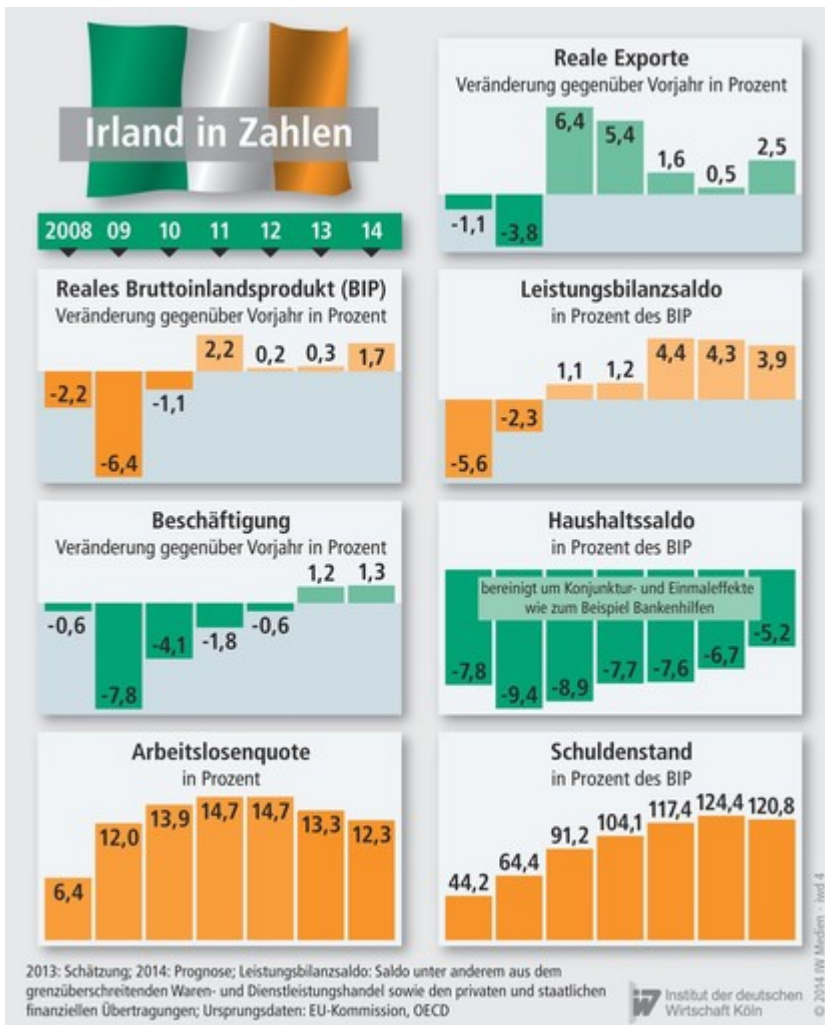
Als erster Staat hat die irische Republik Mitte Dezember 2013 den Euro-Rettungsschirm wieder verlassen. Die wirtschaftlichen Fortschritte sind beachtlich, dennoch gibt es ungelöste Probleme.

Die Regierung in Dublin hat in den vergangenen drei Jahren eine umfangreiche Reformagenda abgearbeitet. Auf der einen Seite fuhr sie die staatlichen Ausgaben zurück - diese sanken seit 2009 um gut 8 Milliarden Euro auf schätzungsweise knapp 70 Milliarden Euro im Jahr 2013. Unter anderem wurden Pensionen und Gehälter im öffentlichen Dienst gekürzt. Auf der anderen Seite erhöhte der Staat seine Einnahmen, zum Beispiel durch höhere Mehrwert- und Mineralölsteuern.

Außerdem hat Irland die Regulierungen im Gesundheitswesen und in der Rechtsberatung gelockert sowie die Lohnflexibilität erhöht - nicht zuletzt dadurch wurde die irische Wirtschaft international wieder wettbewerbsfähiger.

Inzwischen streicht die Regierung den Lohn für ihre Reformen ein. So haben die Finanzmärkte wieder Vertrauen gefasst:

Die Zinsen auf zehnjährige irische Staatsanleihen liegen derzeit bei weniger als 3,5 Prozent - auf dem Höchststand im Juli 2011 waren es noch mehr als 14 Prozent.



Aber auch die harten Wirtschaftsdaten spiegeln die Reformerfolge wider (Grafik). Seit 2011 ist Irland auf den Wachstumspfad zurückgekehrt. Dazu hat nicht zuletzt die Steigerung der Exporte beigetragen, die vor allem chemische, medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse umfassen. Zwar sorgte die Schwäc

he der irischen Absatzmärkte 2013 für einen Dämpfer, doch im laufenden Jahr dürfte die Wirtschaft wieder mehr Fahrt aufnehmen:

Derzeit erwarten die Konjunkturforscher der EU für 2014 einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 1,7 Prozent.

Infolge des Aufschwungs wird aller Voraussicht nach auch die Beschäftigung zunehmen und die Arbeitslosenquote auf gut 12 Prozent sinken. Im Vergleich zu den Vorkrisenjahren ist die Quote damit allerdings immer noch ziemlich hoch.

Die Staatsfinanzen sind trotz der Konsolidierungsfortschritte ebenfalls noch längst nicht im Lot. Einsparungen und Steuererhöhungen haben zwar geholfen, das Haushaltsdefizit von mehr als 9 Prozent des BIP auf unter 7 Prozent zu drücken. Das ist aber nach wie vor ein deutlich schlechterer Wert als in den meisten anderen Euroländern. Zudem sind die Staatsschulden bis zuletzt gestiegen - auf mehr als 124 Prozent der Wirtschaftsleistung. Die inzwischen wieder reichlicher fließenden Steuereinnahmen lassen immerhin hoffen, dass Irland seinen Schuldenberg nun allmählich abtragen kann.

Eine große Belastung für den Fiskus sind jene Banken, die weiterhin zahlreiche faule (Immobilien-)Kredite in ihren Büchern stehen haben. Sinnvoll wäre hier eine Regelung, die die Banken zu verstärkten Abschreibungen dieser Kredite zwingt. Allerdings ist dann nicht ausgeschlossen, dass der Staat den Banken erneut Kapital zuschießen muss.

Kernaussagen in Kürze:

- Als erster Staat hat die irische Republik Mitte Dezember 2013 den Euro-Rettungsschirm wieder verlassen.
- Die Zinsen auf zehnjährige irische Staatsanleihen liegen derzeit bei weniger als 3,5 Prozent - auf dem Höchststand im Juli 2011 waren es noch mehr als 14 Prozent.
- Derzeit erwarten die Konjunkturforscher der EU für 2014 einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 1,7 Prozent.